

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag auf einen Tagesordnungspunkt

lfd. Nr. StR-Antr-2020-26

von Antragsteller: Hartmut Stahl - Fraktion IG BfK	vorgesehene Beratungsfolge: RPA 31.03.2021
vom: 02.11.2020	
Vorlagen-Nr. 2020162	
für Stellungnahme zuständig: 202	Bearbeitungsfrist:

Betreff des Tagesordnungspunktes:

Sachstandsbericht zu § 2b UStG

Haushaltsmittel:

Deckungsvorschlag umsetzbar? ☐ Ja ☐ Nein

Haushaltsmittel in laufendem Haushaltsjahr _____ vorhanden? ☐ Ja ☐ Nein

Produkt _____ Sachkonto _____ Untersachkonto _____

Zwischenbericht zur Prüfung des § 2b UStG – Stand 12.03.2020

Mit Steueränderungsgesetz 2015 vom 02.11.2015 (BGBl. 2015 I S. 1834) wurde neben der Neuregelung in § 2 b UstG, durch Streichung von § 2 Abs. 3 UStG die umsatzsteuerliche Kopplung an das Körperschaftssteuergesetz aufgehoben. Der Gesetzgeber trägt damit den Anforderungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts sowie den Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes Rechnung. In Anbetracht der Neuregelung des § 2b UStG bedarf es einer steuerrechtlichen Bewertung aller Leistungen auf Steuerrelevanz. Dazu ist es erforderlich alle Verträge, Vereinbarungen und sonstige Kooperationen in allen Bereichen der Stadt Köthen (Anhalt) zu erfassen und steuerlich zu bewerten.

Mit Streichung des § 2 Abs. 3 UstG und Schaffung des § 2 b UstG gewährte der Gesetzgeber den betroffenen juristischen Personen des öffentlichen Rechts eine Übergangsfrist, welche die weitere Anwendung der bisherigen Regelungen des Umsatzsteuergesetzes ermöglichte und den juristischen Personen des öffentlichen Rechts Gelegenheit zur entsprechenden Ausrichtung und allen notwendigen Vorbereitungen geben sollte.

Entsprechend dem Beschluss des Stadtrates der Stadt Köthen (Anhalt) vom 24.11.2016 wurde per 06.12.2016 die zur Inanspruchnahme der Übergangsregelung notwendige und sogenannte Optionserklärung ggü. dem Finanzamt Bitterfeld-Wolfen abgegeben. Damit war weiterhin altes Recht, d. h. § 2 Abs. 3 UstG anzuwenden.

Die Anwendung alten Rechts nach § 2 Abs. 3 UstG, aufgrund der o. g. Optionserklärung, war zunächst bis 31.12.2020 befristet. Aus den in der Beschlussvorlage 2020104/2 näher erläuterten Gründen wurde im letzten Jahr die Übergangsfrist bis 31.12.2022 verlängert.

Anhand der Erträge und Einnahmen des Haushaltes 2017 der Stadt Köthen (Anhalt) wurde eine erste Bestandsaufnahme/Leistungsinventur vorgenommen. Es wurden zunächst alle Ertragskonten hinsichtlich der geplanten und dann auch gebuchten Erträge und Einnahmen ausgewertet. Hierbei wurden:

- die einzelnen Leistungen auf Vollständigkeit geprüft,
- es galt fehlende (laufende) Leistungen zu erkennen und zu erfassen,
- eine erste Zuordnung der Leistung zur öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Sphäre vorgenommen,
- die gesetzliche oder vertragliche Grundlage ergründet und
- zur abschließenden umsatzsteuerrechtlichen Beurteilung der jeweiligen Leistung, Kopien oder PDF-Dokumente der zugrundeliegenden Bescheide und Verträge der Steuerabteilung zur Verfügung gestellt.

Zur Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelung des § 2 b UstG wurde in diesem Kontext nachfolgende Vorgehensweise pro Bereich erarbeitet, mit aktuellen Erkenntnissen ergänzt und umgesetzt:

1. Aufstellung aller tatsächlicher Einnahmen jeweils im 3-Jahresvergleich, hier aktuell für die Jahre 2017-2019 vorhanden, jetzt neu auch für 2020 und ab Anwendung des § 2 b UstG jeweils im Vorfeld eines jeden Jahres anhand der aktuellen Haushaltsplanung des betreffenden kommenden Jahres
2. Für jedes Unterkonto werden Anlagen und Belege (z. B. Rechnungen/Verträge) ausgesichtet und geprüft; diese dienen dann auch als Nachweis im Falle einer Steuerprüfung durch das Finanzamt.
3. Steuerliche Bewertung der Leistungen je Unterkonto anhand eines nach den Vorgaben des § 2 UStG erarbeiteten Prüfschemas.
4. Bei Unklarheiten bzw. fehlenden Unterlagen werden Informationen vom Fachamt eingeholt.
5. Des Weiteren wird eine Übersicht erstellt, in der auch das Fachamt die Einnahmen auf Vollständigkeit prüfen muss.
6. Danach wird ein Leistungs- und Vertragsscreening aller Erträge erstellt; dazu müssen auch alle Verträge vorliegen.

7. Alle an den Pkt. 1 - 6 geprüften Sachverhalte werden zunächst intern mit dem Leiter des Bereiches Steuern und Controlling abgestimmt.
8. Sollten weiter strittige oder problematische Sachverhalte bestehen, wird ein Steuerberater zur Problemlösung herangezogen.
9. Nach Stellungnahme des Steuerberaters werden die Sachverhalte erneut geprüft und abschließend bewertet.

Nachdem entsprechend der oben genannten Punkte insgesamt ca. 770 Untersachkonten ausgewertet wurden und hier die Punkte 1 bis 7 überwiegend abgeschlossen wurden, steht zu Einzeltatbeständen noch eine entsprechende Rückmeldung/Beurteilung durch den Steuerberater aus. Diese v. g. Einzeltatbestände wurden bereits zur Beurteilung übergeben.

Auch ist der bereits geprüfte Bereich der Bestattungsgebühren nochmals, unter Würdigung der im August 2020 und ergänzend im Dezember 2020 erlassenen BMF-Rundschreiben, zu betrachten.

Im Weiteren wurde mit folgenden Arbeiten bereits begonnen:

- Vergleich/Erkennen eines evtl. Vorsteuerpotentials
- Prüfen der Zuordnung von Eingangsrechnungen, welche bei indirekter Zuordnung lediglich ggf. prozentual in den Vorsteuerabzug eingehen können. Hier ist die Ermittlung der abzugsfähigen Vorsteuerbeträge für spätere Prüfungen zu dokumentieren. Die ermittelten Prozentsätze sind regelmäßig auf deren Bestand zu prüfen und ggf. in der Höhe anzupassen.
- Möglichkeit des Leistungswechsels auf privatrechtliche und/oder öffentlich-rechtliche Verträge/Grundlage erkennen sowie ggf. notwendige Anpassungen vornehmen (Nettobeträge, Umsatzsteuer, Bruttobeträge Verträge klarstellend aufnehmen, etc.)
- Klärung der Buchungssystematik entsprechend der Systemvorgaben im HKR durch den Softwareanbieter AB-DATA (Termin ist angefragt, Rückbestätigung steht noch aus) → Spezielle Auswirkungen der Umstellung des Rechnungswesen auf die Doppik sind hierbei nicht gegeben.
- Anpassung und Einführung von ggf. neuen Untersachkonten zur Abbildung der Umsatzsteuer
- Erarbeitung eines internen Handbuches zur Umsetzung der umsatzsteuerrechtlichen Vorschriften mit allen grundlegend notwendigen Hinweisen auf Sachbearbeiterebene
- Informationen und Schulungen der betreffenden Mitarbeiter im jeweiligen Fachbereich/-amt
- Erarbeitung einer Dienstanweisungen zur Regelung der umsatzsteuerlichen Pflichten/Zuständigkeiten

Als grundsätzlich umsatzsteuerpflichtig können heute insbesondere nachfolgende Leistungen aufgeführt werden:

- Parkgebühren, welche in beiden Tiefgaragen vereinnahmt werden
- Einnahmen aus den Ersatz von Dauerparkkarten beider Tiefgaragen
- Einnahmen aus der Verpachtung (einschl. Neben-Betriebskosten) des Ratskeller
- Mieten und Pachten für Garagen
- Einnahmen aus Werbeverträgen (bspw. Lichtmastenwerbung)
- Einnahmen aus Münzautomaten öffentlicher Toiletten
- Eintrittsgelder aus Kulturveranstaltungen in den Ortschaften
- Einnahmen aus in den Ortschaften durchgeführten Tombola

- Versteigerungserlöse des Fundbüro
- Verkauf von Stammbüchern durch das Standesamt (soweit privatrechtlicher Natur)
- Einnahmen aus den Konzessionsverträgen für Wasser, Strom und Gas
- Entgelte (soweit privatrechtlicher Natur) für die Nutzung von Schulsporthallen durch Dritte
- Verkaufserlöse der Weihnachtshütte des Jugendclubs Martinskirche
- Holzverkauf

Es ist geplant insbesondere die Beurteilung der Umsatzsteuerpflicht und den Aufbau der Verbuchungslogik im städtischen Haushalts- und Rechnungswesen, bis zum Haushaltsbeschluss für 2022 abzuschließen. Damit soll das Jahr 2022 intern soweit möglich als Probelauf genutzt werden um möglichen Bedarf zur Nachbesserung in jeglicher Hinsicht feststellen zu können. Hieraus sind die betroffenen Bereiche laufend zu Anpassungen zu unterrichten. Die Unterrichtung umfasst hierbei sowohl technische und praktische Änderungen im Haushalts- und Rechnungswesen als auch notwendige Änderungen in der internen Ablauforganisation und darüber hinaus zu jeglichen gesetzlichen Änderungen umsatzsteuerrechtlicher Natur.

Parallel dazu werden notwendige Anpassungen von Vertragswerken (bspw. Konzessionsverträge) oder auch in Gebührensatzungen (ggf. Aufnahme des Verkauf von Stammbüchern) vorangetrieben. Diese Anpassungen sind im kommenden Jahr mit spätestester Gültigkeit ab 01.01.2023 vorzunehmen.

Die Stelle Sachbearbeiter/in Ertrags- und Umsatzsteuer soll damit künftig eine umfassende interne Servicefunktion in allen Belangen der Ertrags- und Umsatzsteuer wahrnehmen, um die Erfüllung der hier einhergehenden steuerlichen Pflichten der Stadt Köthen Anhalt) als Steuerschuldnerin zu sichern.